

Anfragen: Märzsession 2016

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Staatskanzlei (STA)			
14	Fuchs Thomas, Bern (SVP)	Bernische Langsamkeit – Geht es künftig nicht auch anders?	3
Polizei- und Militärdirektion POM			
1	Reber Fritz, Schangnau (SVP) Sutter Walter, Langnau i. E. (SVP) Aebi Markus, Hellsau (SVP)	Transparenz in der medizinischen Grundversorgung von Asylsuchenden	4
2	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Beunruhigende Sicherheitslage im Asylzentrum Thun	5
10	Schlup Martin, Schüpfen (SVP)	Ereignisse bei der Reithalle	6
12	Müller Moritz, Bowil (SVP)	Neuorganisation im Straf- und Massnahmenvollzug	7
15	Zuber Maxime, Moutier (PSA)	Rekrutierung im bernjurassischen Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM)	8
16	Löffel-Wenger Ruedi, Münchenbuchsee (EVP)	Umsetzung Passivrauchschutz in bernischen Gefängnissen	9
24	(SP-JUSO-PSA) Schindler Meret, Bern	Neustrukturierung der Verwaltung im Straf- und Massnahmenvollzug sowie in der Bewährungshilfe	10
26	Rüegsegger Hans Jörg, Riggisberg (SVP) Burkhalter Matthias, Rümligen (SP)	Wie weiter mit dem Landwirtschaftsbetrieb im Jugendheim Prêles?	11
27	Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)	Wie vielen Personen wird im Kanton Bern die Freiheit ungerechtfertigt entzogen?	12
Finanzdirektion FIN			
9	Saxer Hans-Rudolf, Gümligen (FDP)	Ausgabenbewilligung für die Informatiksysteme (FIS). Einführung neuer Zahlungsverkehrsstandards und Ablösung Mainframe. Rahmenkredit 2016-2018	13

**Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE**

4	Zuber Maxime, Moutier (PSA)	Deutschsprachige Ausschreibungen für Arbeiten im Berner Jura	14
5	Grimm Christoph, Burgdorf (glp)	Sanierung Kantonsstrasse Burgdorf: Trotz Beschluss des Grossen Rats wurde auf Busbuchten verzichtet	15
25	Hofmann Andreas, Bern (SP)	Wäre ein Moratorium bei der Strommarktliberalisierung für den Kanton Bern vorteilhaft?	16

Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF

6	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Wird eine einheitliche Heimfinanzierung tatsächlich untergraben?	17
13	Beutler Daniel, Gwatt (EDU)	Cannabis-Pilotprojekte	18
20	Hirschi Irma, Moutier (PSA)	Instrumentalisierung des Hôpital du Jura bernois für die Regierungsratswahl?	19
23	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Hat das Heim Solina tatsächlich unrechtmässig Subventionen erhalten?	20

Erziehungsdirektion ERZ

3	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Einseitige Politpropaganda von Gewerkschaften im öffentlichen Berufsschulunterricht	21
8	Gasser Peter, Bévillard (PSA)	Anzahl Verwaltungsangestellte in der Erziehungsdirektion?	22
18	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschwanden (SVP)	Einhaltung der Kriterien zur Bewilligung von Basisstufenklassen und Kostenfolgen dieses Schulmodells	23
19	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschwanden (SVP) Blank Andreas, Aarberg (SVP) Fuchs Thomas, Bern (SVP)	Auch Lehrplan-21-kritischen Lehrpersonen müssen demokratische Rechte zugesichert werden	24
21	Giauque Beat, Ittigen (FDP)	Flüchtlingslehre auch im Kanton Bern?	25
22	von Greyerz Nicola, Bern (SP)	Theater im Theater	26

Volkswirtschaftsdirektion VOL

11	Hügli Daniel, Biel (SP)	Beiträge oder Sozialhilfe?	27
----	-------------------------	----------------------------	----

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

7	Fuchs Thomas, Bern (SVP)	Gleiche Rechte für alle – Wieso nicht auch für die Berner Reitschule?	28
17	Gsteiger Patrick, Eschert (EVP)	Welche finanzielle Unterstützung gibt es bei der Fusion der Grand-Val-Gemeinden?	29

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 14**Urheberin/Urheber: **Fuchs Thomas, Bern (SVP)**Beantwortet durch: **STA****Bernische Langsamkeit – Geht es künftig nicht auch anders?**

Leider ist man es sich unterdessen schon fast gewohnt: Bis die Endresultate des Kantons Bern vorliegen, geht es seine Zeit, und Interessierte sowie Journalisten stellen sich vorsorglicherweise mal auf Mitternacht ein. Besonders störend ist es, dass bei den Nationalratswahlen und bei Abstimmungen die einzelnen ausgezählten Gemeinden nicht einmal laufend addiert werden. Wer à jour bleiben will, muss sich via Excel-Liste selber helfen. Im Kanton Zürich kann man dies ganz einfach am Bildschirm mitverfolgen. Die Panaschierstatistik war im Kanton Zürich nach wenigen Tagen erhältlich, im Kanton Bern ist diese auch heute noch nirgends erhältlich oder publiziert. Unter Service Public verstehe ich etwas Anderes.

Fragen:

1. Bis wann liegt die Panaschierstatistik vor?
2. Ist man bereit, die Panaschierstatistik inskünftig prioritärer zu behandeln?
3. Ist man bereit das System so zu erfassen, dass die laufend eintreffenden Resultate der Gemeinden laufend addiert werden und ersichtlich sind?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 1**

Urheberin/Urheber:

Reber Fritz, Schangnau (SVP)
Sutter Walter, Langnau i. E. (SVP)
Aebi Markus, Hellsau (SVP)Beantwortet durch: **POM****Transparenz in der medizinischen Grundversorgung von Asylsuchenden**

Durch die grosse Anzahl Flüchtlinge, die in unserem Land Asyl suchen, sind ein grösserer Anteil davon auf medizinische Hilfe angewiesen. Trotz der humanitären Tradition in unserem Land verursachen die Zuwanderer erhebliche soziale Kosten. Um die jährlich steigenden Kosten im Gesundheitswesen für Asylsuchende transparent zu machen, ersuchen wir um Antwort auf folgende Fragen:

Fragen:

1. Trifft es zu, dass beim Bezug von verordneten Medikamenten freie Medikamentenwahl besteht?
2. Wie gross ist der prozentuale Anteil der Asylsuchenden, die medizinische Betreuung beanspruchen?
3. Wie hoch ist der Kostenaufwand für die medizinische Betreuung insgesamt und pro Asylant?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 2**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **POM**

Beunruhigende Sicherheitslage im Asylzentrum Thun

Das Bundesasylzentrum in Thun ist noch nicht einmal zwei Monate in Betrieb, doch musste die Polizei gemäss Angaben der Thuner Sicherheitsbehörden dort bereits über 30 Mal ausrücken, mithin vier Mal die Woche. Diese Situation ist ausserordentlich beunruhigend, gehen doch diese Einsätze auf Kosten der polizeilichen Grundversorgung und des Schutzes des Berner Volks vor Kriminalität.

Fragen:

1. Ist es üblich, dass die Polizei in einem Asylzentrum dieser Grösse im Mittel jeden zweiten Tag in den Einsatz muss?
2. Um welche Art von Delikten ging es bei diesen Einsätzen?
3. Wer trägt die Kosten für die Einsätze?

Anfragen Märzsession 2016

Anfrage 10

Urheberin/Urheber: **Schlup Martin, Schüpfen (SVP)**

Beantwortet durch: **POM**

Ereignisse bei der Reithalle

Am Wochenende vom 5. auf den 6. März war ein Polizeieinsatz notwendig, der elf verletzte Polizisten forderte.

Fragen:

1. Wurden bei diesem Einsatz Beteiligte kontrolliert, wenn ja wie viele Personen?
2. Wurden bei diesem Einsatz Beteiligte festgenommen, wenn ja wie viele Personen?
3. Wie viele Polizisten waren im Einsatz?

Anfragen Märzsession 2016

Anfrage 12

Urheberin/Urheber: **Müller Moritz, Bowil (SVP)**

Beantwortet durch: **POM**

Neuorganisation im Straf- und Massnahmenvollzug

Der Regierungsrat führt eine Reorganisation (Neuorganisation) im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs durch.

Dieser Vollzug hat Auswirkungen auf den Stellenetat der POM.

Fragen:

1. Wie wird die Schaffung von vier zusätzlichen Bereichsleiterstellen begründet?
2. Wäre es nicht möglich gewesen, diese Neuorganisation mit dem bestehenden Personal durchzuführen, ohne eine Neuanstellung von vier Bereichsleitern?
3. Wird in Zukunft noch enger mit dem bestehenden kantonalen Konkordat im Straf- und Massnahmenvollzug und dessen Richtlinien gearbeitet?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 15**Urheberin/Urheber: **Zuber Maxime, Moutier (PSA)**Beantwortet durch: **POM****Rekrutierung im bernjurassischen Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM)**

Christian Brunner, Vorsteher der BSM-Zweigstelle Berner Jura, wird Ende April 2016 pensioniert. Bis heute ist nichts über dessen Nachfolge bekannt. Diese Ungewissheit gibt zur Sorge Anlass und wirft Fragen auf in Bezug auf die Zukunft einer französischsprachigen BSM-Einheit.

Weitere Befürchtungen bestehen in Bezug auf die Rekrutierungskriterien des BSM. Obwohl sich die Dienstleistungen der Abteilung Sport an die Bevölkerung des Berner Juras richten und die Arbeitsplätze in Neuenstadt zusammengefasst sind, sieht es ganz danach aus, als hätten die Verantwortlichen dieses Amts einem Kandidaten, der sich für eine andere freie Stelle beworben hat, gesagt, sie hätten einen Deutschsprachigen bevorzugt (da dies für die Kontakte einfacher sei).

Fragen:

1. Wann wird Christian Brunners Nachfolger feststehen?
2. Wird es sich dabei um eine Person französischer Muttersprache handeln?
3. Trifft es zu, dass das BSM für seine französischsprachige Zweigstelle eine deutschsprachige Kandidatin ernannt hat, die zwar des Französischen mächtig ist, jedoch über keinerlei berufliche Erfahrung verfügt und auf dem Gebiet J+S weniger Erfahrung mitbringt als andere französischsprachige Kandidaturen?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 16**

Urheberin/Urheber: **Löffel-Wenger Ruedi,
Münchenbuchsee (EVP)**

Beantwortet durch: **POM**

Umsetzung Passivrauchschutz in bernischen Gefängnissen

Im Februar berichteten verschiedene Medien, dass in bernischen Gefängnissen fast überall geraucht werden dürfe. Dies würde Häftlinge ruhiger machen, war die Begründung.

Weiter war zu erfahren, dass an Gefängniskiosken alle Artikel ausser Zigaretten nur beschränkt zu erwerben seien und dass mittellosen Gefangenen Gratiszigaretten abgeben würden.

Fragen:

1. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass das geltende Recht zum Schutz vor Passivrauch auch in bernischen Gefängnissen umgesetzt wird? Dabei denke ich vor allem an Innenräume, wo sich auch Angestellte und Mithäftlinge aufhalten (müssen).
2. Warum sind an Kiosken Zigaretten frei erhältlich und andere Konsumgüter nur eingeschränkt?
3. Wie wird sichergestellt, dass durch die offensichtlich sehr rauchfreundliche Praxis (z. B. auch Gratisabgabe von Zigaretten) keine Nichtraucher in die Nikotinabhängigkeit verführt werden?

Anfragen Märzsession 2016

Anfrage 24

Urheberin/Urheber: **(SP-JUSO-PSA)**
Schindler Meret, Bern

Beantwortet durch: **POM**

Neustrukturierung der Verwaltung im Straf- und Massnahmenvollzug sowie in der Bewährungshilfe

In der Bewährungshilfe gilt, laut Mitarbeitenden, ein Stellenmoratorium seit Anfang Jahr und zwar, weil eine Neustrukturierung und v. a. eine Zusammenlegung des Straf- und Massnahmenvollzugs mit der Bewährungshilfe ansteht.

Eine solche Umstrukturierung soll bis Ende Jahr vonstattengegangen sein. Die SIK wurde bisher nicht informiert.

Fragen:

1. Was ist geplant?
2. Wie lange und wie umfangreich ist diese Umstrukturierung angedacht?
3. Wird es in der SIK ein Thema sein oder läuft das verwaltungsintern ohne politische Begleitung?

Anfragen Märzsession 2016

Anfrage 26

Urheberin/Urheber:

**Rüegsegger Hans Jörg,
Riggisberg (SVP)**
Burkhalter Matthias, Rümligen (SP)

Beantwortet durch: **POM**

Wie weiter mit dem Landwirtschaftsbetrieb im Jugendheim Prêles?

Im Zusammenhang mit dem Entscheid des Regierungsrates das Jugendheim Prêles zu schliessen, ergeben sich Fragen zum Landwirtschaftsbetrieb und zum Personal, das aktuell in der Abteilung Landwirtschaft beschäftigt ist.

Fragen:

1. Was ist mit dem Landwirtschaftsbetrieb des Jugendheims Prêles vorgesehen (Verkauf oder allenfalls Verpachtung)?
2. Inwiefern wird das Personal des Landwirtschaftsbetriebs in die Zukunftsplanung miteinbezogen?
3. Kann sich das Personal auf eine Offerte/ein Angebot zur künftigen Ausrichtung bewerben?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 27**Urheberin/Urheber: **Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)**Beantwortet durch: **POM****Wie vielen Personen wird im Kanton Bern die Freiheit ungerechtfertigt entzogen?**

Anfang März wurde in den Medien über einen Fall berichtet, bei dem ein Mann im Gefängnis sitzt und nicht rauskommt, obwohl er seine Strafe abgesessen hat. Offenbar stuft die Fachkommission zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit von Straftätern (KoFako) den Mann als gefährlich ein. Aus rechtlicher Sicht gibt es aber keinen Grund, diesen Mann nicht in die Freiheit zu entlassen. Im Zusammenhang mit der Posse um die Zuständigkeit für die Entlassung dieses Mannes aus dem Massnahmenvollzug stellen sich gewisse Fragen. Gemäss Einschätzung von Strafvollzugsexperten sind Schadenersatz- und Genugtuungsforderungen wegen ungerechtfertigtem Freiheitsentzug möglich.

Fragen:

1. Gibt es in der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug (bzw. im Amt für Freiheitsentzug und Betreuung) allgemeine Weisungen (bzw. konkrete Anweisungen an die Mitarbeitenden der entsprechenden Behörde) in Bezug auf die Würdigung von Empfehlungen der Fachkommission zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit von Straftätern (KoFako) im Rahmen von konkreten Vollzugsentscheiden?
2. Wenn ja, auf welche gesetzliche Grundlage stützen sich solche Weisungen?
3. Nach welchen Kriterien werden Falldossiers des Vollzugs dem Polizei- und Militärdirektor zur Prüfung bzw. zur Genehmigung vorgelegt?

Anfragen Märzsession 2016

Anfrage 9

Urheberin/Urheber: **Saxer Hans-Rudolf, Gümligen (FDP)** Beantwortet durch: **FIN**

Ausgabenbewilligung für die Informatiksysteme (FIS). Einführung neuer Zahlungsverkehrsstandards und Ablösung Mainframe. Rahmenkredit 2016-2018

In Ziffer 5 (Folgekosten) des Vortrags des Regierungsrates zum obgenannten Kreditgeschäft wird darauf hingewiesen, dass im Zusammenhang mit der Ablösung des Mainframes und dem künftigen Betrieb einer einheitlichen Plattform Kostensenkungen realisiert werden.

Frage:

- Wie hoch sind diese jährlich wiederkehrenden Kosteneinsparungen?

Anfragen Märzsession 2016

Anfrage 4

Urheberin/Urheber: **Zuber Maxime, Moutier (PSA)**

Beantwortet durch: **BVE**

Deutschsprachige Ausschreibungen für Arbeiten im Berner Jura

In der Interpellation 187-2014 «Ausschreibungen in beiden Amtssprachen» vom 9. September 2014 sorgte ich mich um die sprachliche Gleichbehandlung bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten. Da ich festgestellt hatte, dass französischsprachige Unternehmen benachteiligt waren, wollte ich wissen, ob es bei dieser Diskriminierung einen Zusammenhang mit der Sprache der Ausschreibungsverfahren gab.

Obwohl der Regierungsrat feststellen musste, dass 2013 im Kanton Bern 0 Prozent der Vergaben an Unternehmen aus dem Berner Jura gingen, versicherte er mir, dass die Sprachbestimmungen der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen voll und ganz eingehalten werden.

An der Versammlung der bernjurassischen Sektion des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV) zeigte sich Verbandspräsident Flavio Torti allerdings sehr erstaunt, als er entdeckt habe, dass beim neuen Werkhofprojekt des Tiefbauamts in Loveresse, das durch ein Zürcher Architekturbüro geleitet werde, gewisse Ausschreibungen nur auf Deutsch erfolgt seien.

Fragen:

1. Verfügt das beauftragte Zürcher Büro über die entsprechenden Sprachkompetenzen und Französischkenntnisse, um in der französischsprachigen Region Arbeiten zu realisieren und zu vergeben?
2. Sollten die Aussagen des SBV-Sektionspräsidenten zutreffen: Wie erklärt sich der Regierungsrat diese Tatsache?
3. Werden die nächsten Arbeiten, die im Seeland durchzuführen sein werden, wie von Flavio Torti gewünscht, nach einer ausschliesslich auf Französisch durchgeführten öffentlichen Ausschreibung vergeben?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 5**Urheberin/Urheber: **Grimm Christoph, Burgdorf (glp)**Beantwortet durch: **BVE****Sanierung Kantonsstrasse Burgdorf: Trotz Beschluss des Grossen Rates wurde auf Busbuchten verzichtet**

Mit der klaren Überweisung der Motion 291-2013 (am 4. Juni 2014) erteilte der Grosse Rat mit 97 JA gegen 29 NEIN bei 9 Enthaltungen der Regierung den Auftrag, im Zusammenhang mit der Sanierung der Ortsdurchfahrt Burgdorf zusätzliche Varianten und Überlegungen miteinzubeziehen:

So im Punkt 2: Busbuchten bei allen Bushaltestellen auf den Kantonsstrassen in der Region Burgdorf–Hasle.

Nun ist die Sanierung in vielen Teilen realisiert. Der Verkehrsfluss hat sich massiv verbessert.

Doch auf der Höhe Pestalozzi-Schulhaus wurde in Fahrtrichtung Bahnhof Burgdorf darauf verzichtet, eine Busbucht zu erstellen.

Regelmässig staut sich an dieser Stelle der Verkehr in Stosszeiten hinter dem dort anhaltenden Bus.

Platz für eine Busbucht wäre dort genügend vorhanden. Da sich der Schulhauseingang auf der Rückseite des Schulhauses befindet, würde auch mit einer Busbucht kein erhöhtes Sicherheitsrisiko für Schülerinnen und Schüler bestehen.

Fragen:

1. Warum wurde beim Pestalozzi-Schulhaus trotz Prüfauftrag durch den Grossen Rat keine Busbucht gebaut?
2. Könnte mit dem Bau dieser Busbucht eine weitere Entspannung der Verkehrssituation in den Spitzenzeiten erreicht werden?
3. Welche Kosten entstehen durch einen allfällig nachträglichen Bau einer Busbucht beim Pestalozzi-Schulhaus?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 25**Urheberin/Urheber: **Hofmann Andreas, Bern (SP)**Beantwortet durch: **BVE****Wäre ein Moratorium bei der Strommarkliberalisierung für den Kanton Bern vorteilhaft?**

Alpiq und Axpo sind in einer schwierigen Lage: Sie fahren sowohl bei den Wasserkraftwerken als auch bei den AKW Verluste ein. Der BKW gehts besser. Weil sie ihren Strom an Endkundinnen und Endkunden verkauft, profitiert sie davon, dass der Strom für die meisten Kundinnen und Kunden noch nicht liberalisiert ist. In den nächsten Jahren ist indessen geplant, dass alle BKW-Kundinnen und -Kunden ihren Stromproduzenten selber wählen können. Es ist also abzusehen, dass sich die BKW dereinst die gleichen Schwierigkeiten einhandelt, wie sie die erwähnten Stromversorger heute schon haben.

Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat angesichts dieser Tatsachen zur Weiterführung der Strommarkliberalisierung?
2. Ist er bereit, die Weiterführung der Strommarkliberalisierung zu bekämpfen oder in diesem Prozess mindestens ein Moratorium zu verlangen?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 6**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **GEF**

Wird eine einheitliche Heimfinanzierung tatsächlich untergraben?

In der Heimfinanzierung herrscht seit Jahren ein Chaos. So existieren verschiedene Finanzierungssysteme für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen, die freiwillig platziert werden, und für solche, die von einer Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde fremdplatziert werden. Eigentlich hat der Regierungsrat bereits 2014 beschlossen, die Finanzierung generell zu vereinheitlichen. Ein noch nicht behandelter parlamentarischer Vorstoss verlangt das gleiche.

Gemäss Medienberichten bewillige Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud 75 000 Franken für ein anderes Projekt, das unter anderem ein neues Finanzierungsmodell einführen will. Konkret wollen die Sozialdienste der Gemeinden Ittigen, Muri, Ostermundigen und Münchenbuchsee sowie das Bürgerliche Jugendheim der Stadt Bern im Sinne eines Sozialraumkonzepts verstärkt zusammenarbeiten (siehe Infobox).

Finanzieren wollen die Gemeinden dies über ein sogenanntes Sozialraumbudget, das die Leistungen nach Regionen abgilt. Statt also die Finanzierung im Heimbereich zu vereinheitlichen, würde ein drittes Finanzierungs- und Steuerungssystem etabliert.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass sich der Kanton an diesem Sozialraumprojekt der genannten Gemeinden finanziell beteiligt?
2. Gibt es noch weitere solche Sozialraumprojekte, die vom Kanton finanziell unterstützt werden?
3. Warum untergräbt der Regierungsrat seine eigene Zielsetzung der vereinheitlichten Finanzierung im Heimbereich mit diesem Sozialraumprojekt?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 13**Urheberin/Urheber: **Beutler Daniel, Gwatt (EDU)**Beantwortet durch: **GEF****Cannabis-Pilotprojekte**

In der Stadt Bern sollen sogenannte Pilotprojekte mit legalem Cannabiskonsum durchgeführt werden. Dies, obschon sich der Grosse Rat unlängst gegen solche Schritte in Richtung einer Legalisierung von Cannabis ausgesprochen hat.

Fragen:

1. Wie erachtet der Regierungsrat die rechtliche Situation angesichts des Betäubungsmittelgesetzes, in dem der Cannabiskonsum immer noch verboten ist, und des oben erwähnten Grossratsbeschlusses?
2. Ist der Regierungsrat informiert über die schlechten Erfahrungen, die man in Colorado (USA) nach der Cannabislegalisierung machte, insbesondere über die Stärkung des Schwarzmarkts, der auf potentere Hanfprodukte, Jugendliche und harte Drogen setzte?
3. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, damit auf Kantonsgebiet das Betäubungsmittelgesetz respektiert wird?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 20**Urheberin/Urheber: **Hirschi Irma, Moutier (PSA)**Beantwortet durch: **GEF****Instrumentalisierung des Hôpital du Jura bernois für die Regierungsratswahl?**

Die HJB SA ist eine Aktiengesellschaft, deren einziger Aktionär der Kanton Bern ist. Der Präsident des Verwaltungsrates ist Mitglied des Grossen Rates und kandidiert nun für den Regierungsrat. Im Unterstützungskomitee für seine Wahl in den Regierungsrat finden sich auch die Namen des Direktors und Vizedirektors der HJB SA. In einer Aktiengesellschaft werden die Direktionsmitglieder im Prinzip durch die Aktionäre ernannt. Im vorliegenden Fall ist es gerade umgekehrt, da die Direktion der AG den Aktionärsvertreter wählt, dem sie unterstellt ist.

Fragen:

1. Müssten die Direktionsmitglieder der AG, die dem Kanton und somit allen Bürgerinnen und Bürgern gehört, nicht in den Ausstand treten und davon Abstand nehmen, einen Kandidaten zu unterstützen, der ihr Vorgesetzter ist?
2. Steht diese Unterstützung im Zusammenhang mit der Tatsache, dass der Verwaltungsrat gegen das Gesetz verstossen und die Vergütungen der HJB-Direktionsmitglieder nicht im Detail veröffentlicht hat?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 23**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **GEF**

Hat das Heim Solina tatsächlich unrechtmässig Subventionen erhalten?

Weil es das kantonale Alters- und Behindertenamt (ALBA) seit 2009 verpasst hat, Subventionsrichtlinien zu erarbeiten, flossen gemäss Medienberichten illegal Gelder ins Neubauprojekt des Spiezer Krankenhauses Solina. Deshalb muss das Amt nun 13,5 Millionen Franken zurückfordern.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass das ALBA Subventionen im Umfang von 13,5 Millionen vom Krankenhaus Solina zurückfordern muss, weil diese illegalerweise geflossen sind?
2. Bis wann muss das Solina die 13,5 Millionen zurückzahlen?
3. Trifft auch den Vorstand des Krankenhauses Solina ein Verschulden?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 3**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Einseitige Politpropaganda von Gewerkschaften im öffentlichen Berufsschulunterricht

Die Gewerkschaft Syndicom erhält an der Schule für Gestaltung in Bern und Biel (SfGBB) offenbar die Möglichkeit, während des ordentlichen Berufskundeunterrichts Mitgliederwerbung sowie einseitige Politpropaganda zu machen. Mindestens in einem Fall haben Vertreter der Gewerkschaft erst kürzlich extrem wertende sowie inhaltlich nachweislich falsche Aussagen über Parteien gemacht. So hat ein Gewerkschaftsvertreter behauptet, die SVP wolle die 50-Stundenwoche für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einführen. Im Nachhinein musste er nach der Intervention einer Schülerin kleinlaut zugeben, dass die Beschuldigung falsch war.

Fragen:

1. Haben Gewerkschaften in allen Berufsschulen des Kantons Zugang, um während des ordentlichen Unterrichts Mitgliederwerbung und Politpropaganda zu machen?
2. Haben sämtliche wirtschaftlichen und politischen Gruppierungen (etwa Gewerbeverband oder bürgerliche Parteien) das gleiche Anrecht, in Berufsschulen Werbung in eigener Sache zu machen?
3. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Tatsache, dass die Gewerkschaften während des ordentlichen Schulunterrichts in einer öffentlichen Berufsschule einseitige und falsche Propaganda gemacht haben?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 8**Urheberin/Urheber: **Gasser Peter, Bévilard (PSA)**Beantwortet durch: **ERZ****Anzahl Verwaltungsangestellte in der Erziehungsdirektion?**

Kürzlich wurde in einer Diskussion behauptet, die Erziehungsdirektion beschäftige 10 000 Lehrkräfte und 1000 Verwaltungsangestellte. Die Person, die das sagte, hielt das Verhältnis von einem Verwaltungsangestellten pro 10 Lehrkräfte für skandalös. Diese Zahlen erstauen, ich glaube aber, dass es in Wirklichkeit anders aussieht.

Fragen:

1. Wie viele Lehrkräfte (in Vollzeitstellen) arbeiten im bernischen Bildungssystem (vom Kindergarten bis zur Tertiärstufe)?
2. Wie viele Verwaltungsangestellte (in Vollzeitstellen) arbeiten in der Erziehungsdirektion (ohne Abwärts- und Reinigungspersonal)?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 18**

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Einhaltung der Kriterien zur Bewilligung von Basisstufenklassen und Kostenfolgen dieses Schulmodells

Als Konsequenz aus dem Projektschlussbericht der Grund- und Basisstufenversuche hätte eigentlich das Modell Basisstufe abgebrochen werden sollen. Denn er zeigte, dass die Basisstufenkinder nach der 2. Klasse trotz 150 Stellenprozenten der Lehrpersonen und höherem Raumbedarf keine besseren Resultate in verschiedensten Bereichen erzielt hatten. Auch die Kostenfolgen einer flächendeckenden Einführung von ca. 40 Mio. Franken gab zu reden.

In der Debatte betreffend Basisstufe konnte aber Regierungsrat Pulver vor allem die Vertreter/-innen der Landbevölkerung von der Wichtigkeit dieses Modells mit folgenden Worten überzeugen:

«Ein wichtiger Vorteil der Basisstufe ist, dass kleine Gemeinden auf dem Land ihre Klassen neu führen und erhalten können.» (vgl. Tagblatt vom Nov. 2011, S.135)

Dabei entstand damals meines Wissens Artikel 46 Absatz 3 VSG:

³ Wo die wohnortsnahe Schulung es erfordert, können Schülerinnen und Schüler des Kindergartens und der ersten Jahre der Primarstufe ausnahmsweise ganz oder teilweise gemeinsam unterrichtet werden.

Fragen:

1. Wie und wann kam es dazu, dass Art. 46 Abs. 3. im heute vorliegenden Volksschulgesetz nicht mehr vorhanden ist und auch nicht mehr nach diesem Kriterium die Basisstufenklassen bewilligt werden?
2. Trifft es zu, dass aktuell 74 Basisstufenklassen vor allem in Stadtnähe geführt werden und fürs Schuljahr 2016/2017 zusätzlich 21 Bewilligungen erteilt wurden?
3. Wie hoch sind im Moment die Kosten für den Kanton/die Gemeinden für diese 15 Mehrlektionen pro Woche für eine Basisstufenklasse?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 19**

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,**
Herrenschwanden (SVP)
Blank Andreas, Aarberg (SVP)
Fuchs Thomas, Bern (SVP)

Beantwortet durch: **ERZ**

Auch Lehrplan-21-kritischen Lehrpersonen müssen demokratische Rechte zugesichert werden

Lehrpersonen, die dem LP 21 kritisch gegenüberstehen und die Initiative «Für demokratische Mitsprache- Lehrpläne vors Volk» unterstützen, werden mundtot gemacht und kritische Eltern und Bürger/-innen diskreditiert. Es darf nicht sein, dass damit eine sachliche Diskussion im Kern erstickt wird. Solche schwerwiegenden bildungspolitischen Entscheide müssen transparent dargelegt werden und bedürfen der Unterstützung der ganzen Bevölkerung, insbesondere der direkt betroffenen Lehrerschaft.

Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass sich der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband von den eigenmächtigen Entscheiden der Erziehungsdirektion distanziert hat und die Einführung des LP 21 verweigert?
2. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass im Kanton Bern Lehrpersonen, die sich aus sachlich gut begründeten Argumenten gegen den LP 21 aussprechen, von Schulleitungen oder sogar Schulinspektoren zitiert werden und ihnen ein Maulkorb verpasst wurde?
3. Wird der Regierungsrat dafür sorgen, dass auch LP-21-kritischen Lehrpersonen die demokratischen Rechte garantiert werden und dass die Diskriminierung aufhört?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 21**Urheberin/Urheber: **Giauque Beat, Ittigen (FDP)**Beantwortet durch: **ERZ****Flüchtlingslehre auch im Kanton Bern?**

Die Zeitung «Der Bund» berichtete am 2. März 2016, dass der Kanton Glarus eine Flüchtlingslehre einführen will:

«Der Kanton Glarus will junge Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene besser integrieren. Die Kantonsregierung nahm gestern zustimmend Kenntnis von den Bestrebungen zur Schaffung der Flüchtlingslehre. Das Berufseinführungsprogramm soll im Schuljahr 2016/17 starten. Betroffene sollen in geeigneten Branchen eine einjährige Ausbildung mit Kompetenzausweis absolvieren können. Die Ausbildung soll junge Erwachsene zu einer qualifizierten Hilfsarbeit befähigen oder die Grundlage für ein weiterführendes eidgenössisches Berufsattest schaffen.»

Fragen:

1. Bestehen im Kanton Bern gleiche Bestrebungen wie im Kanton Glarus?
2. Wie ist der Stand der Dinge im Kanton Bern im positiven wie im negativen Fall?
3. Wie sieht der Zeitplan für die Einführung einer Flüchtlingslehre im Kanton Bern aus, sofern dies geplant ist?

Anfragen Märzsession 2016

Anfrage 22

Urheberin/Urheber: **von Greyerz Nicola, Bern (SP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Theater im Theater

Kurz nach Beginn der Subventionsperiode 2016-2019 wird die neu eingestellte Spartenleiterin Schauspiel, Frau Stephanie Gräve, am Konzerttheater Bern (KTB) freigestellt. Sie ist bereits die dritte Person, die seit der Gründung des KTB die Sparte Schauspiel leitet.

Der Stiftungsrat hat auf Antrag des Intendanten des KTB Frau Gräve wegen «inhaltlicher und strategischer Differenzen» per sofort freigestellt.

Seither hat der Stiftungsrat nur sehr zögerlich kommuniziert. Dies gibt Anlass zu Gerüchten und führt zu grosser Unruhe im Haus. Im Subventionsvertrag KTB 2011 finden sich folgende Sätze:

Sicherstellung der Leistungen

Art. 25 Konfliktregelung

¹ Die Parteien verpflichten sich im Fall von Konflikten aufgrund dieses Vertrags zu Verhandlungen mit dem Ziel einer gütlichen Einigung. Sie ziehen, soweit angezeigt, Fachpersonen bei.

Dieser Vertrag wurde von allen Vertragsparteien genehmigt: Steuerungsorgan Projekt Konzert Theater Bern (20. Dezember 2010), Regionalversammlung Teilkonferenz Kultur der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (17. März 2011), Stimmberechtigte der Stadt Bern (15. Mai 2011), Regierungsrat Kanton Bern (15. Juni 2011).

Als Subventionsgeber hat der Regierungsrat ein Interesse, dass der Betrieb des KTB geordnet erfolgt.

Fragen:

1. Wurde der Regierungsrat über die Umstände und die Fakten, die zur Freistellung von Frau Gräve führten, vorgängig informiert?
2. Wie schätzt er diese ein?
3. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass seitens der Theaterleitung und seitens des Stiftungsrats wirklich alles unternommen wurde (Gespräche Mediation usw.), um den Schritt einer sofortigen Freistellung zu verhindern?

Anfragen Märzsession 2016

Anfrage 11

Urheberin/Urheber: **Hügli Daniel, Biel (SP)**

Beantwortet durch: **VOL**

Beiträge oder Sozialhilfe?

Was wäre, wenn die landwirtschaftlichen Betriebe im Kanton Bern keine Direktzahlungen und Beiträge mehr erhalten würden...

Fragen:

1. Wie viele Personen aus Landwirtschaftsfamilien würden aufgrund dessen die Bedingungen erfüllen, um Krankenkassenprämienverbilligungen zu erhalten?
2. Wie viele Personen aus Landwirtschaftsfamilien würden aufgrund dessen die Bedingungen erfüllen, um Leistungen aus der Sozialhilfe zu erhalten?
3. Wie hoch wäre der totale Betrag, den Personen aus Landwirtschaftsfamilien aufgrund dessen aus Krankenkassenprämienverbilligungen und Leistungen der Sozialhilfe erhalten könnten?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 7**Urheberin/Urheber: **Fuchs Thomas, Bern (SVP)**Beantwortet durch: **JGK****Gleiche Rechte für alle – Wieso nicht auch für die Berner Reitschule?**

Vrenis Lädeli (Metzgerei mit Laden) in der Belper Viehweid muss drei Wochen lang Zwangsferien machen. Das Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland verfügte die Zwangsschliessung, weil Frau Jöhr ihren Laden auch am Samstagabend und am Sonntag geöffnet hatte (Familienbetrieb seit 17 Jahren!). Derselbe Regierungsstatthalter (SP-Mitglied Christoph Lerch) war bisher und ist auch nach den gewalttätigen Vorfällen rund um die Berner Reitschule aber nicht bereit, diese z. B. für einen Monat zu schliessen. In einem Interview mit der BZ hält er gar fest, dass man «auf die Bedürfnisse der Reitschule Rücksicht genommen habe». Keine Realsatire, sondern leider Tatsache!

Fragen:

1. Wieso fährt man gegen einen traditionellen Familienbetrieb (KMU) grob ein, während man bei der Reitschule beide Augen zudrückt?
2. Erachtet es der Regierungsrat nicht als befremdend, wenn SP-Regierungsstatthalter Christoph Lerch gegenüber Fahrenden, Zaffaraya, Reitschule und Stadtnomaden immer wieder moderat und verständnisvoll auftritt?
3. Welche Strafmassnahmen empfiehlt der Regierungsrat im Rahmen der Gewaltexzesse bei der Reitschule?

Anfragen Märzsession 2016**Anfrage 17**

Urheberin/Urheber:

Gsteiger Patrick, Eschert (EVP)

Beantwortet durch:

JGK**Welche finanzielle Unterstützung gibt es bei der Fusion der Grand-Val-Gemeinden?**

Die Stimmberechtigten der fünf Grand-Val-Gemeinden sind am 3. April 2016 aufgerufen, sich an der Urne über eine Gemeindeinitiative zu äussern, die verlangt, dass den Gemeinden innert 12 Monaten ein Zusammenschlussvertrag vorgelegt wird (Initiative zur Wiederaufnahme des Fusionsprojekts). Die neue Gemeinde würde rund 1800 Einwohner zählen.

Der Kanton Bern, der über ein Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen (GFG) verfügt, gewährt Finanzhilfen, Beratung und administrative Unterstützung.

Fragen:

1. Welcher Betrag könnte den fünf Gemeinden als Zuschuss (gemäss FILAG) zur Vorbereitung eines Zusammenschlussvertrags ausgerichtet werden?
2. Welcher Betrag würde der neuen Gemeinde als Finanzhilfe (gemäss GFG) ausgerichtet, sollte es zu einem Zusammenschluss kommen?
3. Würde der neuen Gemeinde ein zusätzlicher Ausgleich (gemäss FILAG) ausgerichtet, sollte sie durch den Zusammenschluss bei der Mindestausstattung finanzielle Einbussen erleiden (Finanzausgleich)?